Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 2359 (neu)

Antrag

der Fraktion der FDP

betr. Verfahren gegen Rechtsanwalt Dr. Kemritz, Bad Homburg.

Der Bundestag wolle beschließen:

In der Überzeugung, daß der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates mit der ihm unentbehrlichen unabhängigen Rechtspflege im Bewußtsein des deutschen Volkes auf das schwerste gefährdet wird, wenn die Besatzungsmächte Eingriffe vornehmen, um ordentliche Justizverfahren gegen deutsche Staatsangehörige zu verhindern oder zu beeinflussen,

ersucht der Bundestag die Bundesregierung,

bei dem Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten zu erwirken, daß die Maßnahmen aufgehoben werden, die amerikanische Dienststellen eingeleitet haben, um Strafverfahren und berufsständische Ehrengerichtsverfahren gegen den Rechtsanwalt Dr. Kemritz in Bad Homburg zu verhindern und um die Durchsetzung zivil- und öffentlich-rechtlicher Ansprüche gegen Dr. Kemritz zu verhüten.

Die Bundesregierung wird ferner ersucht,

bei dem Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten sicherzustellen, daß weitere Eingriffe der amerikanischen Besatzungsmacht unterbleiben, die darauf abzielen, dem schwerer Verbrechen Beschuldigten gegenüber der deutschen Justiz einen nach deutschem Recht nicht begründeten Schutz zuteil werden zu lassen, und daß Dr. Kemritz den zuständigen deutschen Behörden ausgeliefert wird.

Bonn, den 19. Juni 1951

Euler und Fraktion

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstraße 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30